

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 25. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische: Graf Lauenburg, Herr von Berlepich, von Heyden u. A.

Zur Verlesung gelangt folgende Interpellation der Abgeordneten von Krieger u. Gen., betr. den ferneren Abschluß von Handelsverträgen:

Die kaiserliche Staatsregierung geneigt, im Bundesrathe dahin zu wirken, daß fernere, eine Ermöglichung der landwirtschaftlichen Ziele enthaltende Handelsverträge nicht zum Abschluß gelangen, ohne daß eine angemessene Ausgleichung mit den gewerblichen Verhältnissen der in Betracht kommenden Kantonsländer stattgefunden hat oder gleichzeitig stattfinden?

Handelsminister Herr v. Berlepich erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. Es erhält daher zu ihrer Begründung das Wort Abg. von Heydebrand: So dankbar wir auch dem Finanzminister für seine Bemühungen sind, die Steuerlasten zu erleichtern, so sind es nicht sowohl diese, unter denen die Landwirtschaft leidet, sondern die Ertragslosigkeit des Gewerbes. Nun sagt man, nicht um eine Nothlage der Landwirtschaft handelt es sich, sondern um einzelne Landwirthe. Das ist nicht richtig, denn der Umstand, daß der Ertrag der Produktionskosten nicht mehr deckt, daß ein Ackerbauer der ganzen Landwirtschaft verliert. Daraus folgt aber weiter, daß das Klein-gewerbe, ja der ganze Mittelstand in Mitteldeutschland gezogen wird. Da ist die preussische Volkswirthschaft berufen, Mittel und Wege zur Abhilfe zu finden. Man mag aber das Wohlgeheil denken, wie man will, das wird Niemand leugnen können, daß der produktive Mittelstand hier weit mehr und besser vertreten ist, als im Reichstage. Wie man bei unserer Interpellation von einer Beirathung von Politik und Landwirtschaft sprechen kann, ist mir unerfindlich. Die Landwirtschaft ist doch das Rückgrat des Staates. Es giebt daher keine wichtigere Aufgabe für die preussische Volkswirthschaft, als die Wahrnehmung der Interessen des Mittelstandes. Wie kann man nun den wirtschaftlichen Druck heben? Man sagt, die Produktion soll erhöht werden. Das ist vielleicht möglich. Aber man darf der preussischen Landwirtschaft das Zeugnis nicht verkennen, daß sie alles thut, um ihre Lage zu verbessern. Aber das liegt nicht in der Hand der Landwirtschaft. Es wird gelagt, in der Vertheidigung des Grundbesitzes ist der Grund für die Nothlage der Landwirtschaft zu suchen. Gewiß, die Vertheidigung ist erheblich gewachsen; in den letzten 16 Jahren ist die Summe der Hypothekeneinträgen um 82 Millionen höher gewesen als die der Abfällungen. (Hört, hört!) In derselben üblen Lage wie der Grundbesitz befindet sich auch der kleine Besitz. Der Weltmarktpreis wickelt in der allerungünstigsten Weise auf den Zulandpreis ein; hierzu kommen die hohen Produktionskosten und die Anziehungskraft, welche Länder mit hochwertiger Baluta auf solche mit minderwertiger Baluta ausüben; alles das wirkt zusammen, um die Lage der Landwirtschaft zu verschlechtern. Da bleibt nichts übrig, als die Umvertheilung des Aufwandes zu verhindern oder in der Abwägung der Abwägung eine Ausgleichung zu verschaffen. Versuchen wir das nicht, so wird die Situation noch zu verschärfen. Die Zölle in Höhe von 350 Mill. können uns nicht den vollen Ertrag gewähren. Man hat uns vorgeworfen, wir hätten an dem Zustandekommen der Handelsverträge mitgewirkt. Ja, solle man denn einen Fehler, der einmal gemacht ist, immer wiederholen? Der wichtigste Vertrag, der noch vor uns liegt, ist der russische. Rußland hat nicht nur eine minderwertige Baluta, sondern eine schwankende, und sein Export, Getreide, Holz z. B. schädigt ganz besonders die inländische Landwirtschaft und im höchsten Grade wieder die Landeshälfte, die schon jetzt in der höchsten Nothlage sich befindet. Ob die für die Industrie erzwungene Vertheilung sich in der Erleichterung freten werden, ist doch noch zweifelhaft. Sicher aber wird man die Kompenationen, die die Landwirtschaft der Industrie zu leisten hat, mit voller Energie geltend machen, ungeachtet aber nicht. Kann man nicht warten, bis man Mittel und Wege gefunden hat, um die Umvertheilung des deutschen Marktes mit russischem Getreide zu verhindern? Ein Mittel dazu sehen wir in der Ausgleichung der Balutaforderungen bei den Zöllen. Die Regierung hat ja eine Garantie versprochen, die nicht rein theoretisch sein soll. Weshalb wartet man nicht den Erfolg ab? Ist die Regierung der Meinung, erst einen Abschluß zu finden, ehe sie Maßregeln trifft, die, wenn sie einmal getroffen sind, die Beirathung der von mir angegebenen Wege hindern oder erschweren? Wenn die Regierung um Wege Hoffnung giebt, daß sie fest entschlossen ist, Wege zu beschreiten, welche der unheilvollen Einwirkung des Weltmarktpreises auf die Zulandproduktion entgegenzuwirken geeignet sind, so würde eine solche Erklärung die Landwirtschaft, die zu diesem ja gerne bereit ist, beruhigen. Aber es ist bereits die größte Stunde. (Beifall rechts.)

Handelsminister Herr v. Berlepich: Der Vordrcker hat auch den russischen Vertrag erwähnt. Ich muß erklären, daß die Regierung nicht in der Lage ist, in diesem Augenblicke über die Specialität des russischen Handelsvertrages in diesem Hause zu verhandeln. Ich werde deshalb nicht nur an den Wortlaut der Interpellation halten. Die Regierung wird jedem Handelsvertrag und ganz insbesondere auch solchen Handelsverträgen, in denen eine Ermöglichung der landwirtschaftlichen Ziele beschlossen werden soll, ihre Zustimmung nur dann geben, wenn sie die Umverteilung gewonnen hat, daß der Inhalt dieser Verträge den wirtschaftlichen Interessen Preussens und des Reiches entspricht. Sie ist aber nicht in der Lage, diese ihre Zustimmung von einer Bedingung abhängig zu machen, deren Erfüllung sie für unmöglich hält. Der Vordrcker hat vorgeschlagen, auch Wege andeuten zu können, wie diese Ausgleichung der Geldverhältnisse stattfinden könnte, doch können wir auf diese Wege nicht treten. Er hat angeführt, es sei vielleicht denkbar, in einen abzu-schließenden Vertrag eine Bestimmung aufzunehmen, die eine Bindung der Währungsfreiheit bedeutet. Ich glaube aber, der Staat wird keine solche Bindung der Währungsfreiheit durch internationale Verträge gewähren. Auch wir können und wir wollen nicht begeben, je nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse eventuell die Möglichkeit einer Währungsveränderung des Handelsvertrages zugleich eine Bestimmung über die Währung festsetzen. Eine gesetzliche Festsetzung der Währung kann wohl an einem Augenblicke beruhigend wirken in einem Lande mit minderwertiger Währung, aber sie kann keine Aussicht auf Dauer haben, da die Befreiung eines Landes

je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen autonom über die Währung selbst entscheiden können. Man hat eine sogenannte gleichzeitige Entschlossenheit, wonach der Zoll abhängig von dem Wechselkurs der Baluta sich ändern darf. Das wäre aber nicht annehmbar und würde für Deutschland die empfindlichsten Folgen haben und würde besonders für die deutsche Landwirtschaft, die dadurch viel mehr als durch frische Zölle geschädigt würde. Wie soll denn eine solche gleichzeitige Entschlossenheit werden? Soll nach dem täglichen Wechselkurs der Zoll sich ändern? Oder sollen längere Zeiträume angenommen werden? Einen solchen Weg einzuschlagen, verbietet meiner Ansicht nach die thatsächlichen Verhältnisse. Wenn man in Rußland Getreide kauft nach Maßgabe des zeitigen Rubelkurses, so besteht doch fast stets eine große Differenz im Course, der galt zur Zeit des Abschlusses des Vertrages und zur Zeit des Uebertrages des Getreides über die Grenze. Das, was man von dem Handelsvertrage will, eine gewisse Stabilität der Verhältnisse, wird deshalb durch die Entschlossenheit vollkommen gestört werden. Die Regierung würde viel lieber keinen Handelsvertrag abschließen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie zum Vordrcker sehr richtig rufen, müssen Sie es auch zum Rückzuge thun — also die Regierung würde viel lieber keinen Handelsvertrag abschließen, als selbst ein solches Moment der Variabilität in den Betrag hineinzutragen. Und dazu kommt noch als Wichtiges: Sie öffnen damit der Spekulation Thür und Thor. (Sehr richtig.) Ich resumire mich also dahin, daß die Staatsregierung sich nicht in der Lage befindet, ihre Zustimmung zu Handelsverträgen an eine Bedingung zu knüpfen, die ihrer Meinung nach zu erfüllen nicht möglich ist. Daß die die Bedeutung der Währung nicht verkennt, das ist nach den Erklärungen des landwirtschaftlichen Ministers im Herrenhause außer Frage. Sie hat den dringenden Wunsch, nach ihren Kräften dahin zu wirken, daß die von Reich in Aussicht genommene Garantie nicht nur eine adremische Erörterung wird, sondern auch praktische Folgen zeitigt. Das entspricht durchaus auch den Interessen der preussischen Staatsregierung. Ich kann zur Befestigung dieses Standpunktes anführen, daß ich der Meinung bin, die auch die Regierung theilt, daß die gewerblichen und Handelsinteressen ein lebhaftes Interesse daran haben, daß diese Untersuchung der Währungsverhältnisse dahin führt, daß Mittel und Wege gefunden werden, um dem Preisrückgang des Silbers und dem beständigen Schwanken des Silberpreises einen Damm entgegen zu setzen. Auch die preussischen Handels- und gewerblichen Interessen haben zu wünschen und zu fordern, daß eine sichere gute Währung erhalten bleibt und dazu gehört, daß die Schwankungen des Silberpreises nach Möglichkeit beschränkt werden. Dahin führen verschiedene Betrachtungen. Von Wichtigkeit ist zunächst die allgemeine Frage, ob nicht durch die veränderten Verhältnisse der englischen, indischen und amerikanischen Regierung gerade die Möglichkeit einer Goldknappheit ins erheblich näher gerückt ist, als es früher der Fall war. (Hört, hört! rechts.) Auch in dieser Beziehung wird ja die Garantie sich bemühen, über die Lage der Verhältnisse Aufklärung zu geben. Handels- und gewerbliche Interessen wünschen auch eine Befestigung der Schwierigkeiten nach der Richtung hin, welche den nach Silberländern exportirenden Industrien durch die fortwährenden Schwankungen des Silberpreises entstehen. Endlich kommt noch ein drittes Moment in Frage, welches, wenn es auch nicht als ausschlaggebend zu betrachten ist, doch den Wunsch der Regierung fräftigen muß, den Schwankungen des Silbers Einhalt zu thun, das ist die Rücksicht auf den heimischen Bergbau. Wir sind in nicht einem geringen Maße der größere Zahl der Länder, aber immerhin ist der Bergbau befristet, und es stehen wirtschaftliche Interessen nicht unbedeutend im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und ohne Rücksicht darauf, ob wir irgend einen erheblichen Gewinn daraus erzielen, aufrecht erhalten, in Zukunft dem weiteren Herabgehen des Silberpreises erhalten werden kann; ähnlich würde es bezüglich des Mansfelder Bergbaues liegen. Es würden aber nicht nur die Silberproduzierenden Bergwerke in Frage kommen, sondern auch die Hüttenwerke und auch die Blei gewinnenden und Blei verarbeitenden Werke. Damit ist ein großes Maß wirtschaftlicher Verhältnisse verbunden, welche uns den dringenden Wunsch hegen lassen müssen, daß Mittel und Wege gefunden werden, durch welche dem vorerwähnten Bergbau der Silberpreises Einhalt gethan wird. Ich wiederhole, für die Entscheidung der Frage, welche Mittel etwa ergriffen werden können, um diesem Schwanken des Silbers Einhalt zu thun, wird nicht die Rücksicht auf die Verhältnisse des heimischen Bergbaues allein maßgebend sein, indessen werden sie doch ein Gewicht in die Waagsfale, welches als nicht unerheblich anzusehen ist und nach meiner Auffassung vollste Berücksichtigung verdient (Beifall links).

Auf Antrag des Abg. Grafen Limburg-Sittum tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Brömel (fr. Bgg.): Mit der Frage, die die Interpellation behandelt, hatte die Begründung durch den Abg. von Heydebrand wenig zu thun; sie besaß sich mehr mit der Nothlage der Landwirtschaft, wenn sie sich aus von den Ueberlieferungen, welche die Agitation des Bundes der Landwirtschaft zum Verderben des Landes ausgezeichnet, fern gehalten hat. Er hat auch keine Mittel und Wege angegeben, auf denen eine Abhilfe der von ihm geschilderten Uebelstände zu erreichen sein würde. Was zunächst die stets wieder betonte Nothlage der Landwirtschaft betrifft, so beruht man sich auf die Zunahme der Substitutionskosten. Die amtliche Statistik weist dagegen fortwährend eine Abnahme der Zwangsversteigerungen nach. Aber noch mehr! Schließen, welches der Abg. v. Kardorff bei seiner letzten Behauptung ganz besonders im Auge hatte, hatte 1891/92 überhaupt nur 388 Zwangsversteigerungen, gewiß eine verhältnismäßig minimale Zahl. In Schlesien waren der kleine und kleinere Grundbesitz über die Hälfte des Gesamtmarktes, 53 Proz., an den Zwangsversteigerungen nimmt er aber nur mit 21 Proz. Theil (Hört! hört!). Er verliert also weit besser seinen Besitz festzuhalten als der größere Besitz; und namentlich der größte Grundbesitz ist am meisten an den Substitutionskosten theilhaftig. In den anderen Provinzen liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Behauptungen des Abg. v. Kardorff entsprechen also jeder thatsächlichen Grundlage.

Der Abg. von Heydebrand hat ja eine andere Methode befolgt. Er behandelte auch den Umfang der Vertheidigung.

Aber er hat nicht gelagt, auf welchen verschiedenen Gebieten Hypotheken nicht zur Lösung gelangen und wenn sie bezahlt sind. Bis zu 15, in 20 Proz. ist die Lösung abgetragener Hypotheken zu beschleunigen. Da stellt sich das Bild ganz anders. Aus dem Rückgang der Preise allein kann man doch kein Bild von der Lage der Landwirtschaft bekommen, denn diese richtet sich noch außerdem nach der Menge des Wages und der Leichtigkeit desselben. Die Antwort, die von der Regierung gegeben worden ist, konnten wir mit Sicherheit erwarten. Man hat eben versucht, im preussischen Landtage eine Aktion ins Werk zu setzen, welche die Reichspolitik und die internationalen Verhandlungen stört. Ich glaube, daß die klare Antwort der Regierung doch beitragen wird, daß man in Zukunft die Hand davon läßt. Daß der Rubelkurs einen Einfluß auf den Getreidepreis nicht ausüben vermag, hat Professor Conrad in Halle überzeugend nachgewiesen und bewiesen auch die Regeln der Hypothek in Berlin, die gefallen sind, während der Rubelkurs stieg. Die Preisbewegung regelt sich auch in Ländern mit unverschiebter Baluta nach dem Preisstand, den dieses Landesprodukt in anderen Ländern hat. Ich habe übrigens aus den Ausführungen des Abg. v. Heydebrand nicht entnehmen können, gegen welche Länder sich seine Interpellation richtet. Mit den meisten Ländern haben wir doch Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen. Rußland aber würde, wenn wir ihm gegenüber den Differenzialzoll auf diesem Umwege aufrechterhalten, sein Getreide auf dem Umwege aber andere Länder, die nicht Ausgleichung der Geldverhältnisse in ihrem Zolltarif nicht haben, doch nach Deutschland bringen. Auf dem Gebiete der Währungsfrage ist eine zeitige Entschloßung erforderlich, damit alle berechtigten Vertreter von Handel und Industrie eine (eine Ausbuchtung von Silberländern in dem Umfang, wie sie der Antrag Graf Limburg-Sittum im Reichstage vorstelt, wonach der Silberumlauf in Deutschland vergrößert werden soll, würde die unheimlichen Katastrophen und Reaktionen zur Folge haben. Die Landwirtschaft thut in ihrem eigenen Interesse am besten dem Rathe des Herrn v. Schorlemer zu folgen, den Kopf oben zu behalten und zu versuchen, sich selbst zu helfen.

Abg. Herr v. Gerlach: Ich muß zunächst, daß die Erklärung des Ministers die Landwirtschaft nicht beruhige und daß doch die unsere Freunden im Reichstage die Möglichkeit abgelehnt worden ist, für die Regierung zu stimmen. Es wäre zu wünschen gewesen, der Minister hätte sich nicht in so allgemeinen Bindungen über die Wahrung unserer wirtschaftlichen Interessen ergangen. Schon in den bisherigen Handelsverträgen ist die Landwirtschaft nicht genügend berücksichtigt worden, ich fürchte, daß wird im russischen Handelsvertrage noch weniger der Fall sein. Wir, der ich in einer dichtbevölkerten Industrieregion wohne, was es nicht möglich, zu Weidmann, um alle ihre Weidmannstollen haben, 100 Centner Weizen abzugeben. Die Leute erklären mir, sie begehren ihr Getreide aus Ungarn. Ich kann gar nicht dazu, Preise zu stellen. Wenn es schon jetzt nicht möglich ist, auf andere Weisheit im Jahre abzugeben, so wird es nach dem Abschluß des russischen Handelsvertrages noch schlimmer werden. Wir wollen gar keine Bezeichnung vor dem Handel und Industrie, sondern nur gleiches Recht, wir wollen nicht, daß aus unserer Haut für die Industrie Niemand geschnitten werden. Wir können nicht mit Unterliebe arbeiten, wie die Industrie, die ihren Betrieb jederzeit einstellen kann. In der ersten landwirtschaftlichen Provinz Preussens, in Sachsen, ist man bereits vielfach von der intensiven zur extensiven Wirthschaft übergegangen. Wohin soll das führen? Die üblen Folgen einer gleichenden Entschloßung hat der Minister behauptet, aber nicht nachahmt gemacht; um wenn er beabsichtigt, daß die Spekulation noch freier werde, ist diese jetzt schon so groß, daß sie kaum noch größer werden kann. Die Regierung hätte schon früher eine internationale Garantie über den Silberpreis einwirken sollen und versuchen ob eine internationale Regelung möglich ist. Was zum Herrn Brömel betrifft, so wäre ein Rückgang der Substitutionskosten freizeig, wenn auch die Vertheidigung zurückging. Und unter dem kleinen Besig, der auch bei der größten Nothlage der Landwirtschaft bestehen kann, ohne der Substitutionskosten zu verfallen, ist und der kleinste Besig enthalten, der noch aus industriellen Neben-gewerbe Geld zieht. Herr Brömel weist darauf hin, daß die Rubelkurs gestiegen und der Getreidepreis gefallen ist. So, wie bewieset das? Bei dem Zolltarif, der die Grenze gegen Rußland sperrt, hört natürlich das Verhältnis zwischen Rubelkurs und Getreidepreis auf. Man sagt, wer für den österreichischen Handelsvertrag gestimmt hat, muß auch für den russischen stimmen. Was hätte denn dann das Argument für einen Sinn gehabt, der österreichische Handelsvertrage solle unsere politischen Mächten wirtschaftlich stärken wenn man wenn diese Hilfe auch dem Gange zu Theil werden läßt. Sie erinnern aber auch daran, daß ein Anzahl Abgeordneter im Reichstage und auch der Staatsrechtlich des Auswärtigen ausdrücklich konstatiert haben, das Stimmen für den rumänischen Handelsvertrag verpflichte auch für den russischen zu stimmen. Nicht nur der Bund der Landwirthe, sondern alle landwirtschaftlichen Centralvereine haben sich gleichmäßig gegen den russischen Handelsvertrag ausgesprochen, auch der Provinz Sachsen, wo 70 Proz. der Bodenfläche dem bäuerlichen Besig gehören. Der Abg. Richter hat sich zu meiner Freude von der Denunziation von Persönlichkeiten nach dem Erlaß des Ministerpräsidenten, wie sie in der „Frei. Zit.“ floriert, freigegeben. Etwas Wiederwärtigeres und Unwürdigeres als dieses Treiben der „Freiwilligen Zeitung“ ist mir nicht vorgekommen. Uebenhafte Behauptungen werden aufgestellt und nicht widerwärtig. Obwohl der Abg. Richter dies nicht mitgemacht hat, hat er sich aber doch mit dem Erlaß des Ministerpräsidenten befaßt und in seiner Presse wiederholt: Das Zentrum und die Reichstheile hat einen starken Stoß erlitten. Ich meine, der Landbau hat so Allem die Bevölkerung seines Streifes in monarchischer Gesinnung zu erhalten. Der Fürst Bismarck hat einmal dreierlei sei wichtig: Eine starke Arme, gut Finanzen und die Zufriedenheit der Bevölkerung. Gerade um diese Zufriedenheit zu erhalten, wollen wir die Verantwörtung für die Abwicklung des russischen Handelsvertrages übernehmen, die uns der Abg. Richter gestern zugeworfen hat. Zu der Zufriedenheit der Bevölkerung, diesem starken Pfeiler, liegt der Fort unserer Zukunft. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Krause (H.): Das Heil der Herren ist es möglichst heber Kampfbild gegen Rußland. Ich halte mich nicht für ermächtigt, für meine Freunde oder für mich jetzt schon ein-









